

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Musikisches Unterhaltungsblatt. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsverfall, Streik usw. ersicht jeder Anrufer auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anschlagstafel 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbegebe unbedeutlich gebührenfrei oder durch Fernbefehl aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr 10 — 20 M. das Ausland, auswärts Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 4. Dezember 1928

30. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 5. Dezember, 10 Uhr, kommen im Stadtsort **Oppin** zur Versteigerung:

- 36 rm kiefernes Scheitholz,
- 10 rm birkenes Rollholz,
- 207 rm kiefernes Rollholz.

Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin.

Kemberg, den 1. Dezember 1928.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Die Vertreterkonferenz der freien Gewerkschaften tagten am Sonntag in Eilen, um zu dem Vermittlungsvorschlag des Reichsanwalters Stellung zu nehmen.

* Am Reichstag wurde die Debatte über Ehecheidung, Stellung der Frau und der unehelichen Kinder zu Ende geführt. Am Montag beschließt sich das Haus mit zahlreichen landwirtschaftlichen Anträgen.

* Zu parlamentarischer Stelle wird berichtet, daß während dem Reichsamtpräsidenten Dr. Schmidt und dem Auswärtigen Amt eine Meinungsverschiedenheit bestehen.

* In Uram kam es anlässlich der Jahreshesfeier des jugoslawischen Staates zu schweren Zusammenstößen zwischen Kroaten und Serben.

* Die franzosenfeindlichen Kundgebungen in Italien dauern noch fort.

Mitstrauen gegen Severing abgelehnt

Debatte über Ehe, Frauen und Kinder.

Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Reichstages standen Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten über die Ehecheidung, die Rechtsstellung der Frau, ihre Reform des Familienrechts und die Rechtsstellung des unehelichen Kindes. Die Sozialdemokraten beantragten eine Veränderung der Vorschriften über die Ehecheidung dahin, daß die Ehecheidung auch bei Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses erfolgen kann. Das Gleiche wurde von den Demokraten beantragt. Alle drei Parteien verlangten ferner Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung der unehelichen Mütter und ihres Kindes, weiter einen Gesetzentwurf zur Reform des Familienrechts, die der Veränderung im Reichsgerichtlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau entspricht.

Abg. Frau Wiff (Soz.) begründete die sozialdemokratischen Anträge. Man müsse den Verhältnissen des praktischen Lebens gegebenermaßen Rechnung tragen. Am Reichstage habe man — bei allem schuldigen Respekt vor der Historikerkonferenz in Götting — das Interesse der gesamten Bevölkerung zu vertreten. Wenn man das Ehecheidungsrecht nicht lockern wolle, dann werde man einen wertvollen Teil des Volkes von der Ehecheidung fernhalten. (Zuruf rechts: Woher wissen Sie denn das alles, Sie sind doch nicht verheiratet! — Heiterkeit.) Die Rednerin wies darauf hin, daß ein Drittel aller in Deutschland geborenen Kinder unehelich seien, in Bayern sogar 15,6% (Sprek! hörr!). Diese unehelichen Mitglieder des Volkes könne man nicht auf die Dauer als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln.

Das Haus unterbrech dann die Beratung, um die Bestimmungen über die Mitstrauenentzue gegen den Reichsanwalters Severing vorzunehmen. Für den deutschen nationalen Mitstrauenentzue stimmten neben den Antragstellern die Wirtschaftspartei, die Christlich-Nationalen Bauern und die Nationalsozialisten, während die Kommunisten sich enthalten. Der Mitstrauenentzue wurde mit 269 gegen 101 Stimmen bei 42 Enthaltungen abgelehnt. Der kommunistische Mitstrauenentzue verfiel gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten ebenfalls der Ablehnung.

Reichsanwalters Reich

erklärte dann in der Fortsetzung der Aussprache über die Anträge zum Eherecht, zerrüttete Ehen können, auch wenn die Schuld eines Antragstellers nicht feststeht, auf die Dauer nicht wider den Willen der Beteiligten aufrecht erhalten bleiben. Die Wöhung einer solchen Ehe sei aber heute entwerd ganz unmöglich, oder sie erfolge nur unter Manipulationen, die für die Autorität der Richter unwürdigend seien. Er habe deswegen auf Grund der Beschuldigung des Reichsanwalters des vorigen Reichstages eine Vorlage an das Haus zu stellen, die bis zur Vollendung gegeben oder abgelehnt werden solle. Wenn der Reichstag die Verbesserung der vorliegenden Anträge an den Ausschuß beschließen sollte, würde der Minister auch sein Material dem Ausschuß überreichen, da mit dieser das gesamte Material bearbeiten könne. Eine Vorlage wegen Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes sei bereits vor längerer Zeit dem Reichstag zugegangen und dort verabschiedet worden. Sie wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Die

Änderung der Rechtsstellung der Frau sei nach Ansicht des Ministers an dringenden auf dem Gebiete des ehelichen Güterrechts. Die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches, die bei der Ehetat den Mann zum Verwalter des Vermögens seiner Frau machen, sind nach Ansicht des Ministers mit den heutigen Anschauungen nicht mehr verträglich. Eine Vorlage über die Neuordnung dieser Frage hoffe er in absehbarer Zeit dem Reichstag zugehen lassen zu können. Auch sonst sei die in der Vorlesung vorgelegene Gleichstellung der Frau mit dem Manne nicht in allen Beziehungen erreicht. Verschiedene Gesetzesänderungen seien hierzu noch erforderlich.

Abg. Dr. Kahl (DPS.) wies als Vorsitzender des Rechtsausschusses darauf hin, daß man einer absoluten Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern nicht zustimmen könne. Es könnte nicht hinweggeleugnet werden, so führt der Redner fort, daß es in der Tat eine schuldlose Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses gebe. Aus der Tatsache gehe unumkehrlich hervor, daß hier eine Klappschwäche dem Leben und dem Recht bestehe. Zweifellos könne man von einer Ehecheidung bei Selbsthilfe durch Schöpfung von Ehecheidungsgründen im Wege der Ehebruchvermeidung das Gerichtsverfahren zur Komodität herabgemindert. Trotz aller Einwände könne sich der Reichstag seiner Verpflichtung zu einer Ehecheidungsreform nicht entziehen. Das Dogma von der Unauflösbarkeit der Ehe werde dadurch nicht berührt. Der Redner empfiehlt der Regierung, selbst einen einheitlichen Gesetzentwurf vorzulegen.

Am Montag, 2. Dezember.

Reichstag hielt am Sonntag die Aussprache über die Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten zur Reform der Ehecheidung, über die Rechtsstellung der Frau und des unehelichen Kindes fort.

Abg. Ehemann (Dem.) wies darauf hin, daß die Notwendigkeit einer Reform der Ehecheidung von fast allen Parteien anerkannt werde. Gerade aus Gründen der Sittlichkeit, der Menschlichkeit und des Ansehens der Ehe im Volke laute aus Gründen des Staatensinnes die Forderung der Verbesserung des Ehecheidungsrechts notwendig. An Stelle des Verjährungsprinzips müsse das Prinzip der objektiven Zerrüttung der Ehe gelegt werden. Scharfe Kaufeln müßten allerdings zum Schutze für Mütter und Kinder geschaffen werden. Die Reformwünsche seien deshalb aus tiefster Gewissensnot geboren.

Abg. Sammann (DnL.) erinnerte an die früheren Verhandlungen über die Ehecheidungsreform. Unter den Vorkriegsregierungen seien die Anträge nicht erledigt worden, aber der Reichsregierung habe man sie als Morgengabe serviert mit dem Verlangen der sofortigen Erledigung. Die jetzt vom Reichstag vorgelegene Änderung des Rechts der unehelichen Kinder baue sich auf dem Verjährungsprinzip auf, während man die Bewandtschaft zur Grundlage machen sollte. Der Redner beantragt, alle vorliegenden Anträge dem Rechtsausschuss zu überweisen.

Abg. Frau Weber (Ztr.) erkannte an, daß die jetzige Rechtsstellung der Frau viele Härten und Ungerechtigkeiten enthalte. Das Zentrum werde zu den in dieser Frage vorliegenden Anträgen im Ausschuss Stellung nehmen. In der Frage des Ehecheidungsrechts sei für das Zentrum nicht der Gesichtspunkt des tatsächlichen Dogmas entscheidend, sondern die Erkenntnis, daß die Grundlage des Staates in der Familie und Ehe liege. Die angeregte Reform werde zu einer Steigerung der Ehelichungen führen und einen Schritt von der Ehe zur Kameradschaft bedeuten. Die Anträge seien geboren aus den menschlichen Verhältnissen der Großstadt; diese Verhältnisse dürften aber nicht für die ländliche Ehecheidung bestimmend sein. Das Zentrum lehne die beantragte Reform ab.

Abg. Frau Dr. Wilders (Dem.) wies gegenüber den Vorrednern darauf hin, daß sich die Anhänger der Ehecheidungreform von der stillen Verpflichtung lösen ließen, durch das Recht den erlitteneren Tatsachen des Lebens Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. Tressen (Wirtsch.) erklärte, die gewöhnliche Ehecheidungreform wird nicht der Hebung der Moral und Sittlichkeit dienen. Die Reform müsse sich auf die Verbesserung des Verfahrens beschranken.

Abg. Dr. Emingner (Bau.) unterstützte alle Vorkommnisse, die Stellung der Frau bei Ehen mit Ausländern oder Staatenlosen zu verbessern. Auch eine Reform des ehelichen Güterrechts hält er für notwendig. Bei all diesen Reformen sollte man sich an die österreichischen Vorkommnisse anlehnen. Eine Veränderung des Ehecheidungsrechts würde aber der Frau niemals zum Heile gereichen.

Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) hielt eine Reform der Rechtsstellung des unehelichen Kindes für notwendig. Die Geborgenheit des ehelichen Kindes in der Familie könne allerdings durch nichts ersetzt werden.

Abg. Dr. Bentkhanen (Christl.-Nat. Bauernpart.) lehnte jede Erleichterung der Ehecheidung ab, da sie eine Erschütterung der Familie zur Folge haben könnte. Sämtliche Anträge wurden darauf dem Rechtsausschuss überwiehen.

Das Haus vertagte sich auf Montag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen und über hundert Anträge aller Parteien über die Reilage der Landwirtschaft.

Unser Räteystem.

Zur Schöpfung des endgültigen Reichswirtschaftsrates.

Von

F. A. Willmann.

Seit Jahren beschäftigt man sich damit, die in der Reichsberatung enthaltene Antikindigung über die Schöpfung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates zu verwirklichen. Immer und immer wieder stellen sich dem Beginn Hindernisse in den Weg, und nur langsam ging die Arbeit voran. Wie wenig die Verabschiedung im Reichstag betrieben worden ist, kann man daraus erfahren, daß die Vorlage, die augenblicklich den Reichstag beschäftigt und nun vermutlich doch Gesetz werden wird, bereits vor einem Jahre, am 21. November 1927, im Reichstag verabschiedet worden ist, ohne daß der Reichstag bisher sich mit der Materie befaßt konnte.

Der Reichstag hat seinerzeit an dem vom Kabinett Herzog eingetragenen Gesetzentwurf eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. So hielt der Reichstag es im Gegenzug zur Regierungsvorlage für notwendig, statt der vorgeschlagenen 144 Sitze 151 zu schaffen, wobei von den neuen 7 Sitzen der Organisation des deutschen Städtebundes fünf Sitze zugewilligt werden sollen. Außerdem hat der Reichstag die Zahl der von der Reichsregierung und vom Reichstag zu ernennenden Vertreter von je neun auf je 12 Mitglieder erhöht. Die Vorlage fand seinerzeit im Reichstag mit den angegebenen Veränderungen einmütige Annahme. Das neue Reichsstatut hat die Vorlage, so wie sie war, akzeptiert und sie nun dem Reichstag zur Beratung und Beschlußfassung überwiehen. Im großen und ganzen bleibt der neue, der sogenannte endgültige Reichswirtschaftsrat nur eine Kopie des bisherigen vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Im System ist man auch nicht davon abgegangen, dem Reichswirtschaftsrat sogenannte gesetzgeberische Vollmachten zu geben, er bleibt wie bisher ein reines Gutachterparlament. Im Reichstage sind zwar Strömungen vorhanden, die aus dem Reichswirtschaftsrat so etwas wie eine gesetzgebende zweite Kammer machen und ihm die Erledigung wirtschaftlicher Dinge mit eigener Verantwortung überwiehen wollen. Diese Tendenzen haben aber keinerlei Aussicht auf Verwirklichung. Die Mehrheit des Reichstages wehrt sich dagegen, die gesetzgeberischen Rechte des Reichstages beschneiden zu lassen oder sie gar mit einem anderen Parlament zu teilen.

So bestehend der Gedanke auch ist, die wirtschaftlichen Fragen dem politischen Forum zu entziehen, so sind doch auch die Gründe nicht zu übersehen, die von den Gegnern einer solchen Auflösung angeführt werden. Wenn im Reichswirtschaftsrat selbst scheint wenig Neigung dafür vorhanden zu sein, an dem Gutachtercharakter dieser Körperschaft etwas zu ändern. Man glaubt in diesen Kreisen, daß es schon genügt, wenn das im Entwurf enthaltene Initiativrecht hinsichtlich der in das Gutachtergebiet des Reichswirtschaftsrates fallenden Gesetzgebung zum Gesetz wird und wenn die Bestimmung, daß Initiativanträge des Reichstages auf dem einschlägigen Gebiete dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet werden müssen, durch das neue Gesetz sanktioniert wird.

Daß die Zahl der Mitglieder im endgültigen Reichswirtschaftsrat erheblich vermindert wird, kann nur begrüßenswert sein. Die Schwerfälligkeit des ganzen Apparates wird dadurch wesentlich gemindert. Wesentlich aber erscheint der Man, auch nichtständige Mitglieder der neuen Institution zu integrieren. Diese nichtständigen Mitglieder sollen qualifiziertere Sachverständige mit dem erforderlichen Maß von Arbeitsfreudigkeit sein. Ob diese sich aber damit einverstanden erklären, gewissermaßen eine zweite Kammer darzustellen, bleibt mehr als fraglich. Die Frage könnte vielleicht eher dadurch geregelt werden, daß man von Fall zu Fall Spezialkommissionen heranzieht, deren Ratung gewissermaßen als Grundlage für die Gutachten des Reichswirtschaftsrates dienen könnte.

Die in der Vorlesung vorgesehene Schöpfung von sogenannten Bezirkswirtschaftsräten hat man in der Zwischenzeit fallen gelassen, ihre Organisation würde, ohne wesentlich an der Verbesserung der Dinge mitwirken zu können, nur einen erheblichen Aufwand an Kraft und Geld erfordern. Im übrigen ist diese Wiederherstellung seinerzeit als Zugeständnis an die Massen gemacht worden, die darin gewissermaßen einen Ersatz für das russische Räteystem finden sollten. Heute ist die Forderung nicht mehr populär. Man hat längst erkannt, daß auch mit den „Räten“ keine größere Glückseligkeit hervorgerufen werden kann. Man ist zu

einem Kompromiß gekommen, indem man die bestehenden Verfassungen etwas ummodelliert und sie paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammenstellt. Natürlich hat diese Regelung auch erhebliche Nachteile, von denen wir sprechen sein wird, wenn dem Reichstag der diesbezügliche Entwurf vorliegt.

Wenn auch der neue Reichswirtschaftsrat nur Gutachterfähigkeit ausüben können wird, so möchte man doch wünschen, daß seine Stimme in der gegebenen Körperlichkeit nicht überhört wird. Es besteht kein Zweifel, daß der neue Reichswirtschaftsrat nach seiner Patentierung darstellt und daß er in seiner Zusammenlegung noch sehr viel zu tun übrig läßt. Immerhin aber ist er eine verbesserte Neuaufgabe des bisherigen Systems. Darum kann man auch wünschen, daß er so weit möglich seine Anerkennung erlangt und daß er seiner Aufgabe, der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volk zu nützen, gerecht werden kann.

Ruhrkampf beigelegt.

Reviertorenz in Eilen. — Sofortige Aufnahme von Arbeit. — Keine Währungsregeln.

von Berlin, 2. Dezember.

Heute nachmittag trat in Eilen die Reviertorenz der Deutschen Metallarbeiterverbände zusammen, um zu der Vermittlung des Reichstanzlers und dessen Vorschlag, den Reichsinnenminister Seevering als Schlichter anzunehmen, abzustimmen. Es ist kaum zweifelhaft mehr, daß die Arbeitnehmer dieser Lösung ihre Zustimmung geben.

Damit ist also dieser mehrwöchige harte Arbeitskampf endlich zum Abschluß gekommen. Die Arbeitgeber hatten sich in ihren Verhandlungen am Sonnabend dem Reichstanzler gegenüber bereit erklärt, die Betriebe sofort wieder zu öffnen. Die Metallarbeiter werden unter Wahrung ihrer während des früheren Arbeitskampfes erworbenen Rechte alsbald wieder eingestellt. Währungsregeln werden nicht vorgenommen.

Wenn auch auf Seiten der freien Gewerkschaften der Widerstand gegen die vom Reichstag vorgeschlagene Lösung ziemlich groß war, so mußte ihre Entscheidung doch von der Haltung der Christlichen Gewerkschaften und der Hilfs-Dunkler-Vereine stark beeinflusst werden, denn diese beiden Organisationen hatten sich für die Anerkennung Seeverings als Schlichter ausgesprochen. Bei einer sorgfältigen Weigerung der freien Gewerkschaften, die vorgeschlagene Lösung anzunehmen, wäre die Front der Arbeitnehmer wahrscheinlich doch durchbrochen worden.

Man befürchtete keine Kabinettskrise.

In einem großen Teil der Presse sprach man nach im Laufe des Sonnabends davon, daß falls die freien Gewerkschaften Seevering nicht als Schlichter anerkennen würden, eine Regierungskrise unermidlich sei. Von zukünftiger Stelle wurde aber darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine rein wirtschaftliche Auseinandersetzung handele, aus der keine politischen Folgen entstehen könnten. Zusätzlich hatten sich auch die Sachverständigen bei ihren Besprechungen mit dem Reichstanzler betont, daß für sie nur wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend seien. Ferner versicherte man, daß es kaum anzunehmen sei, die Gewerkschaften würden gegen die gegenwärtige Regierung Stellung nehmen.

Seevering prüft.

Die weitere Entwicklung der Dinge wird jetzt sein, daß Reichsinnenminister Seevering die Lage der nordwestlichen Eisenindustrie nach allen gegebenen Gesichtspunkten prüft und danach seine Schiedsprüfung fällen wird. Wahrscheinlich geht aber das Verfahren nach dem Reichsarbeitersgericht weiter, weil hier verschiedene grundsätzliche wichtige Fragen aufgeworfen sind, deren Entscheidung im allgemeinen Interesse dringender erscheint ist.

Evas Entführung

Roman von Hans Land.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Es freute ihn nichts, nicht Besti, nicht Arbeit, nicht Aussicht, nicht Vergewaltigung — wenn das Kind ihm vorzuziehender hieß.

Und dieses schwere Schicksal schien ihm beschieden. Die Baronin sah sein Leid. Eigenmächtig und selbstwider, wie sie war, glaubte sie, ihn anspornen zu müssen, weil er in seiner Notlage sich so hilflos zeigte.

„Du bist doch ein Mann! Soll dir dein Kind zurück.“ Leicht gesagt, so etwas. Diese Worte der Baronin, die sie nun zum zweiten Male wiederholte, hatten Dieter so erschreckt, daß er es unterließ, die alte Frau zu fragen, wie sie sich das eigentlich vorstellte. Wie er das wohl anstellen sollte, sich sein Kind zurückzugeben.

Dachte die Baronin etwa an ein gewalttätiges Vorgehen? Dazwischen schied Dieter entschieden zurück. Denn es war doch recht zweifelhaft, ob sich ein Schritt zum Ziele fände. Wenn man den gewalttätigen Raub des Kindes versuchte, so war es nicht ungewahrscheinlich, daß die eifersüchtige und misstrauische Pflegemutter schließlich genug sein sollte, ihm Gelegenheit zu bieten, sich so leicht des Kindes zu bemächtigen.

Sollte jedoch eine Kette glücklicher Zufälle sich gemangelt Striche Gelingen belohnen, so blieb der betrauten Pflegemutter noch immer der Rechtsweg offen, durch den sie solchen Eingriff in ihre Rechte bestrafen und mit Hilfe der Gerichte zweifellos auch wieder ungeschehen machen konnte.

Mit Gewalt ließ sich wohl nur Unheil anrichten, eine noch schmerzlichere und wahrscheinlich nie wieder gut zu machende Verbitterung der Frau Winterthur würde die Folge sein, also kam ein Ergebnis, das wünschenswert war. Nein, dieser Rat der Baronin konnte nicht gut sein.

Dieters inneres Empfinden kränkte sich gegen jede Forderung, die ihn zum Mittelpunkt eines öffentlichen Skandals machen konnte. Einmal, freilich, war er wohl davor gewesen, die Spalten der Blätter mit Alarmnachrichten zu versehen, damals, als er Evden und sich selbst aus der Welt hatte schaffen wollen.

Erklärung des Arbeitgeberverbandes Nordwest

Die Nachprüfung der Wirtschaftslage.

Der Arbeitgeberverband Nordwest veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Die Arbeitgeber klammern der Klage des Herrn Reichstanzlers nicht an, daß es bei der letzten Lage und wichtigeren Umständen in der Wirtschaft in unmittelbarer Verbindung zwischen den beiden Parteien geboten sei, daß sich beide Parteien der Autorität einer mit den wirtschaftlichen Sachverhältnissen des Reichs vertrauten Sachverständigenkommission zur Begutachtung fügen. Die Arbeitgeber glauben, die Stellungnahme umso mehr verantwortlich zu können, als nach Wunsch des Reichsministeriums der Schiedsrichter die von ihnen wiederholt angebotene Arbeit zu tun und die Wirtschaft in den Grenzen des Reichs voranzutreiben, und zur Grundlage seiner Entscheidung machen wird.

Auch in der schwierigen Frage der Auswahl dieses Schiedsrichters haben die Arbeitgeber nebelnde Bedenken gegenüber dem Vorschlag des Reichsministeriums, Herrn Reichsminister Seevering mit der Aufgabe zu betrauen, zurückgestellt. Dies konnten sie umso mehr, als hierdurch erneut der Beweis erbracht wird, daß die in der Öffentlichkeit vielfach verbreitete Ansicht, der Arbeitstempel der Nordwest nicht die gegenwärtige Regelung oder gegen die Staatsautorität, eine durchaus unrichtige Unterstellung war.

Die Auswirkungen der Ausprägung.

Wie der Regierungsrat von Arnberg mitteilt, machen sich die Auswirkungen der Ausprägung von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Die Ende November waren unter Berufung auf den Vorkampf in der nordwestlichen Gruppe 110 Stilllegungsanträge eingereicht worden, wozu etwa 20 000 Arbeiter betroffen werden. Ungefähr weitere 30 000 Arbeiter sind wohl erwerbslos geworden, so daß insgesamt die Reglementierung bisher etwa 105 000 Arbeiter wohl erwerbslos sind.

Befahungsstand in Mainz.

Vier Beamte des Reichsvermögensamts wegen angeblicher Spionage von Franzosen verhaftet.

O Mainz, 1. Dezember.

Hier sind vier Beamte des Reichsvermögensamts wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands (1) von den Franzosen verhaftet worden.

Die Franzosen vermuten, daß die verhafteten Mitteilungen von Truppenbewegungen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Reichsvermögensverwaltung zur Kenntnis gelangt sind, an deutsche Stellen weiter gegeben haben. Die Reichsvermögensverwaltung ist nämlich diejenige Stelle, die alle Anzeigen von unrichtigen, die das von der Regierung in Anspruch genommene Gelände, die Gebäude, Katernbewegungen und die Einquartierung betreffen. Gemäß der Gepflogenheit der französischen Gerichtsbarkeit, die Voruntersuchung allein zu führen, ist abgelehnt worden, einen Rechtsbeistand zu den Verhafteten zu lassen, die auch im übrigen von jedem Versteck in der Außenwelt abgegrenzt und getrennt untergebracht worden sind. Nicht einmal die Vertreter des Roten Kreuzes, die sich nach dem Befinden erkundigen wollten, wurden vorgeföhren.

„Dah gegen Dah“

Zerlegung des italienisch-französischen Gegensatzes. — Das Geständnis abgelegt.

Als Protest gegen das Urteil des Pariser Gerichtes gegen den Mörder des italienischen Königs Karadini, das bekanntlich auf zwei Jahre Gefängnis lautete, veranstalteten die Studenten am Donnerstagabend und Freitag vormittag Kundgebungen vor der französischen Botschaft und der französischen Akademie. Sie riefen „Nieder mit Frankreich“.

Angewidelt wegen technischer Schwierigkeiten, in Wirtschaft aber wegen der italienisch-französischen Spannung wurde der für Freitagabend im Flughafen vorgegebene große italienisch-französische Festabend abgelehnt. Die deutsche Olympiasiegerin Selene Maner, die bei dieser Gelegenheit auch eine Probe ihrer Fechtkünste geben sollte, konnte deshalb nicht teilnehmen. Die Teilnehmer der Festveranstaltung Frankreich werden immer härter. „Dah gegen Dah“ fordert der „Corso di Roma“.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 3. Dezember 1928.

Wir werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß Anmeldungen zu der für Mittwoch Abend angelegten Feier des heiligen Abendmahls spätestens Mittwoch mittags 12 Uhr in der Prospekt erbeten werden.

Am 15. und 27. Dezember 1928 veranstaltet die hiesige Schule im Hotel zum „Blauen Helm“ eine Weihnachtfeier. Neben Gesängen und turnerischen Übungen wird von den Kindern „Schneeweissen und Roten“, ein Märchenpiel in 3 Akten von Räte Stobbe, zum Vortrag gebracht. Dieses Märchenpiel, nach dem Märchen von Gebrüder Grimm geschrieben, ein großartiges Kostümstück, ist schon auf vielen Bühnen wiederholt mit großem Erfolge gegeben.

Inhalt: Schneeweissen und Rotenrot, zwei Schneefrauen, innig in Liebe verbunden, fügen mit der Mutter beim Abendbrot. Da kopft es und ein Vär tritt herein und bittet um Obdach. Freundlich wird er von den guten Menschen aufgenommen, bleibt den Winter über im Hause und wird Spielgenosse der kleinen Mädchen. Als nun der Sommer naht, zieht er sich wieder in den Wald zurück, um seine verborgenen Schätze vor einem bösen Zwerg, der sie ihm rauben will, zu schützen. Die Waldfee steuert dem Zwerg helfend zur Seite und schafft Gold und Edelsteine, die tanzend auftreten, ihm herbei. Glückseliger, die Freunde des Vären, läßt der Träumersdank durch Flamme, Uhr und Regenzeit herbeiführen. Immer, wenn diese und auch Regen, Wurgelmann und Wind den Zwerg ins Verderben gelockt haben, wird er von den Schneefrauen, die nicht wissen, daß er des Vären Feind ist, gerettet. Die lieben Mädchen selbst stehen unter dem Schutze eines Engels. Da gelangt es dem Vären, den Zwerg zu vernichten, und im selben Augenblick wird aus dem Vären ein schöner Prinz, dem der Zwerg hatte einst den Kränzen in einen Vären verzaubert. Der führt nun Schneeweissen als Braut heim, und für Rotenrot ist auch ein Vär zur Stelle, nämlich Prinz Lustig, der Bruder des Värenprinzen. Die Waldfee fliegen zum Schloß, das Vären des Prinzen zu verlassen. Laden Mutter und auch die ehrwürdige Vate, sowie die Dorfkinder zum Hochzeitsschmause ein. Träumersdank ist glücklich, denn er darf auch mit im Schloß wohnen.

Der Reinertrag ist zur Anschaffung von Turngeräten bestimmt.

Sonntagsruffahrten zu Weihnachten. Aus Anlaß der Weihnachtstage haben die Sonntagsruffahrten eine erweiterte Geltungsdauer. Die Karten gelten vom Sonnabend, dem 22. Dezember, mittags 12 Uhr, bis Donnerstag, dem 27. Dezember, 9 Uhr früh. Die Einfahrt kann an jedem dieser Tage, mit Ausnahme des 27. Dezember, angetreten werden, die Rückfahrt kann unbedenklich erfolgen, am Sonntag, dem 23. Dezember sowie an den beiden Weihnachtstagen, 25. und 26. Dezember, am Montag, dem 24. Dezember und am Donnerstag, dem 27. Dezember, muß sie bis 9 Uhr früh angetreten sein. Am Sonnabend, dem 22. Dezember, ist die Rückfahrt aus geschloßen.

Der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden hat seinen ersten umfangreichen Gesetzentwurf, das „Miet- und Wohnrecht der Zukunft“ (Wohnrechtsgesetz) fertiggestellt, der zur allgemeinen Ausprache gestellt und einer Konferenz namhafter Juristen zur Begutachtung vorgelegt werden soll.

Wittenberg, 30. Nov. Heute früh fand der Streckenläufer, der die Strecke zwischen Brautau und Wittenberg bei der Elbbrücke kontrolliert, auf der Eisenbahnbrücke einen Karion, der wahrscheinlich aus einem fahrenden Personenzug herausgemommen worden ist. Er fand umherge-

Vielleicht gewähren Sie mir einen Trost. Sie können es. Sie sind selbst vermögend, so daß ein Geldopfer Ihnen kaum zeitvoll erscheinen dürfte. Aber ich wäre geneigt, jedes Entgegenkommen Ihrerseits hoch zu beschätzen. Sie werden den dies Angebot wohl ablehnen. Sie erlauben Sie aus Menschlichkeit, daß ich mein Kind einmal sehen darf, es ans Herz drücken. Es sprechen und lachen hören. Vielleicht gestatten Sie mir, solches Wiedersehen zweimal im Jahre jezt zu dürfen. Sie geben mir damit Unendliches, die Kraft, mein Schicksal zu tragen. Mit Bangen jende ich Ihnen diesen Notruf, werden Sie ihm Gehör schenken?

Ich beschwöre Sie, tun Sie es!
Ihr unglücklicher
Dieter Widbrunn,
Vobakte bei Hellebæk, Dänemark.“

Diesen Brief sandte Dieter eingeschrieben an Frau Professor Winterthur. Nannte sich als Widener mit voller Adresse auf der Rückseite des Umschlages. Vor gespannter Erwartung schloß Dieter wenig, sah förmlich und höflich aus. Die Baronin bemerkte es, äußerte aber nichts. Sie dachte, worunter der Mann litt, es empörte sie, daß er so gar keinen Widerstand gegen sein Schicksal aufbrachte. Was sie an Dieter schätzte, seine aufrechte Aufrichtigkeit, die schien in dieser Sache ganz zu verlangen.

Man hatte sie ihn herausgerufen aus wirtschaftlicher Bedürftigkeit, hatte ihm wieder zu geistiger Lebensrichtung verholpen, und nun sollte er doch nicht froh werden um dieses Kindes willen?

Die Baronin hatte es vorausgesehen und deshalb den Versuch gemacht, Dieter abgelenkt, durch glanzvolle Taten. Im ihn durch eine neue Liebe das alte Leid vergehen zu machen. Aber das war mißlungen. Dieter wollte nichts von neuer Liebe und Ehe wissen, nur dem Kinde trauerte er nach.

Da kam ein Brief, dem Aufdruck nach wieder von einem Rechtsanwalt aus Berlin, an Dieters Adresse.

Die Baronin nahm ihn dem Postboten ab, befiel ihm einen halben Tag bei sich. Erst abends beim Tee handigte sie ihm aus. Frau Winterthurs Notar hatte ihm abgehandelt.

Dem Umschlag entnahm Dieter seinen eigenen eingeschriebenen Brief an die Professorin. Er war unerschüt-

(Fortsetzung folgt.)

freit silberne Anhänger und Ohrringe und ein Armband, insgesamt 52 Gegenstände, meist mit Madonnenbildern versehen, geteilt 985. Es ist wahrscheinlich, daß außerdem noch eine große Anzahl gleicher Gegenstände in die Erde gefallen sind. Zweifellos rührten die Gegenstände von einem Diebstahl her.

Preßig, 30. Nov. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde bei einem Wolkbruch in Weiden eingetroffen. Heute früh gelang es Herrn Oberlandjäger Weidig, den Einbrecher auf dem hiesigen Bahnhof zu verhaften. Der Spitzbube, der mit ganz modernem Einbrecherhandwerk ausgerüstet war, sah bereits im Zuge zur Abfahrt bereit, als er gefaßt werden konnte. Es handelt sich um einen gewissen Seeger, der zuletzt wegen schwerer Einbruchsdiebstahls eine Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren in Torgau verbüßte. Seeger ist erst am 20. d. Mts. aus der Straf-anstalt Torgau entlassen worden.

Gräfenhainichen. Viehhorden nach Kohle werden gegenwärtig ganz in der Nähe der Stadt vorgekommen, und zwar auf dem unbebauten Gelände der Ackerstraße neben den „Gieghen“-Häusern. Die Vöhrungen erfolgen mittels Motorantrieb; es wird schon seit einigen Wochen in zwei Tagesrhythmen eifrig daran gearbeitet. Ueberdies wurde bereits den ganzen Sommer unsere nähere Umgebung nach Kohle angebohrt, so z. B. an der Fildenbergstraße auf dem Gelände der Zigarettenfabrik, an der Seidenringmühle das Grundstück Weise, sowie die zu Gremmin gehörige Flur um Strohdamm herum bis zum sogenannten Ohrenfeld. Bohrungen nach Kohle auf diesem Gelände haben wiederholt fruchtlos geendet. Wie verlautet, sollen hierbei streckenweise bedeutende Kohlenflöze entdeckt worden sein.

Schwetitz (Güter), 29. Nov. Ein Verträger. Ein feiner Kunde scheint bei der bisher bei den Estergeringerarbeiten beschäftigte Schachmeister Gellmer zu sein. Bereits vor einigen Monaten war er einmal verhaftet worden, weil er bei hiesigen Kaufleuten für die von ihm vermittelte Werksantenne größere Einkäufe gemacht hatte, ohne sie natürlich zu bezahlen und weil er offenbar purlos von der Wälschle verschwinden wollte. Vor Gericht gelang es ihm jedoch, sich herauszureden, und er mußte infolgedessen freigesprochen werden. Jetzt hat man ihn erneut verhaftet und zwar, wie es heißt, auf Grund ähnlicher, anderswo verübter Delikte. Gellmer, der bereits vor seiner Knapp dreißig Jahre ein sehr umfangreiches Strafregister hat, wurde nach dem Wittenberger Amtsgerichtsgangnis gebracht. Dort wird seine Aburteilung erfolgen.

Cheersleben (Kreis Sangerhausen). Auch ein „Meisterstück“. Ein Wandmaler aus Cheersleben fing vor einigen Wochen auf seinem Felde einen Hasen. Da ihn der Hase aber nicht fett genug war, fertete er ihn ein und fütterte ihn. Als der Tag der Kirmees näher rückte, beschloß er, ihn zu schlachten. Sein Nachbar riet ihm, das Tier lieber zu erhitzen, da Wild geschossen besser schmeckt. Gelegentlich, getan! Er holte eine Finte, der Hase wurde an der Weime an einen Baum gebunden. Mit Donnerkrachen fiel ein Schuß. Als sich der Rauch verjagen hatte, lag man die Weigerung. Der Schütz hatte den Strich zerhauen. Weiter Lampe aber war in großen Sägen davongeeilt.

Erfurt, 30. Nov. (Die „vorbeistraten“ Gemanänder.) Die Ehe ist eine merkwürdige Sache, jeder denkt anders darüber. So konnte man in der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Erfurt folgenden Bericht über eine Gerichtsverhandlung lesen: „... es wurde festgestellt, daß der Angeklagte verheiratet, doch sonst nicht verheiratet ist und vier Kinder (so wie acht Götter habe.“) „Womit gerichtsnötig sein dürfte, daß die Heirat in irgendeinem Sinne als Vorstrafe gilt. Wand Verheiratete behaupten, sie hätten das schon vorher gewußt.“

Naumburg (Saale). Der lachende Dritte. Ein Stadtschloßbesitzer veranlaßte auf seinem Osthofe eine feierliche Verheiratung von lebendem und totem Jagdhorn. Kaumlich waren in großer Anzahl erschienen, jedoch waren die Gehebe, namentlich bei der Aushebung des Großwieses zum Teil derartig schlecht, daß von Erzielung des Jagdfluges Abstand genommen werden mußte. Ganz im Gegenteil dazu machte ein Koltrastwischhändler, der einen fliegenden Stand in der Nähe der Verheiratung eingerichtet hatte, die denbar besten Gefährte und konnte gar nicht genug Wärsche nachschaffen, um die hungrigen Wärsche alle zufriedenzustellen zu können.

Hilfersleben, 3. u. 4. Tage gequält. Der 20jährige Schlosser Hugo Waxmann hatte einem ausführenden Lastwagen das Tor geöffnet. Er hatte vergessen, den einen Wandhaken einzufangen. Als er aus den anderen Flügel öffnen wollte, schlug infolge des Sturmes der erste Flügel mit solcher Gewalt zurück, daß das Kalkstein etwa einen Meter zurückgeschoben wurde. Dadurch wurde Waxmann zwischen Auto und Zaunflügel gefesselt. Er erlitt schwere Brustquetschungen an denen folgen er verstarb.

Saalfeld, 3. u. 4. Tage ertrunken. In einem unbedachtigen Augenblick kam die 16jährige Finghnen des Sägewerksbesizers Nid, Reichshammer im nahen Spinnerrammer der hochgehenden Saale zu nahe und wurde von den Wellen mit fortgerissen. Erst abends gegen 9 Uhr fand man die kleine Leiche am Rechen des Mühlgrabens.

Ebedorn. Auch eine „Tagdöbele“. Um die Mitternachtsstunde hielt vor einem Galkhaufe ein Auto, weil die Anhalter dringend das Bedürfnis fühlten, eine neue Tagdöbele zu kaufen, die sich im Auto befand, zu besorgen. Aber, als man weiterfahren wollte, war der große Radnackel mit neuer Tagdöbele und Patronen, einem Ledermantel, einem Paar Schmirgelgübe und einem Paar Strümpfe aus dem Wagen verschwand. Ein Spitzbube hatte sich mit dieser „Tagdöbele“ auf und davon gemacht. Auf die Jagd am anderen Tage mußte verjagt werden. Gerecht allein haben sich die Patronen, die so unerschöpflich Schrotzettel hatten. Wer aber etwas über die Spitzbuben zu sagen weiß, möge das, wenn auch ungenant, dem Landjägeramt Seeburg mitteilen. Der Beschlusse ist sicher Belohnung zu.

Mühleln. Gewalttätiger Verbrecher. Kürzlich verurteilte ebenfalls ein auswärtiger Arbeiter in dem Geschäft des Stadtorbenerordnungsbehörden Urban einen Raubverurteil. Der Angeklagte ließ sofort hinter den Täter her und stellte ihn. Der rabidete Zurück ließ sich mit dem Wärscher Wärsch und neckte den Götter im Gesicht, als die Wärsche nur leicht. Der Täter wurde von der Schupo festgenommen. In der Nacht zertrümmerte der Festgenommene die Einrichtung der Zelle.

Coburg, Großes Schandensfeuer. Im benachbarten Schenke wurde gegen 4 Uhr die Holzmagazinfabrik von Andreas Werner von einem Schandensfeuer heimgegriffen. Es brannte das Fachgebäude mit den Lagerorräten und Maschinen nieder, zum Hauptgebäude wurde der Dachstuhl eingeschert. — Die Entschuldigungsursache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Weida, Gefährlicher Freundschaftsbeweis. In der letzten Schöpfungsratsitzung in Weida fand der Schöpfungsbauer W. vor den Schranken des Gerichts, da er des Diebstahls einer Briefschale mit 200 Mark Inhalt beschuldigt war. Er behauptet, die Briefschale gefunden und dann weggenommen zu haben. Nach Vorhalt des Vorliegenden gab W. zu, das Geld verbraucht zu haben. Der geschädigte Herr betonte, daß ihm das Geld gestohlen worden sei, als W. ihn beim Herausführen aus einem Lokal unarmt habe. Viele Umarmung trug W. sechs Monate Gefängnis ein, da er wegen ähnlicher Umarmungen schon erhebliche Vorstrafen erlitten hat.

Recha, Gemeine Tat. In der Straße nach Philippsplatz sind vier junge Hühner mutwillig abgebrochen worden. Hoffentlich gelang es, der Täter habhaft zu werden, um sie fassbar zu betrafen. Die Volksgewaltung wird daher für Mitteilungen, die zur Feststellung der Täter führen, eine Belohnung geben.

Schlöfheim, Riegegedenkmal eingeweiht. Das von Kreisler Demmann-Berlin errichtete monumentale Gedenkmal für die 121 im Weltkrieg und zwei im Krieg 1870/71 gefallenen Schlöfheimern, das auf dem alten Friedhof in der Nähe der Kirche aufgestellt gefunden hat, wurde in feierlichem Akt eingeweiht. Ueberaus groß war die Beteiligung seitens der Bevölkerung und der Vereine. Nach einem Festgottesdienst sang der feierliche Volkstanz vor sich, bei dem Herr Kästner die Wehrlieder hielt.

Admiral Cheers Beerdigung



In Weimar. Oben (von links): Admiral Schreiber, Prinz August Wilhelm und Admiral Dr. Raaber. Unten: Der Trauer-Saal.

Chemnitz, In ein Krankenautogefahren. Ein auswärtig wohnender 63jähriger Stumpfabrikant wurde beim Ueberfahren der Bahnbahn von einem fälschlichen Krankenautomobil der Berufszweigmotor angefahren und so schwer verletzt, daß er mit einem Schädelbruch und erheblichen Fleischwunden in bedenklichem Zustand dem Städtischen Krankenhaus zugifflert werden mußte. Der alte Herr soll unmittelbar in das Fährzeug hineingekommen sein.

Selbstdas b. Chemnitz, Die die in Kasse. In einem hiesigen Kaufgeschäft der Mannschaften ein Gast aus Sachsen und bestellte eine Kleinigkeit. Während dieser Zeit drückten seine Kompanien die Scheiben eines Schlafstufenfensters ein und stahlen vollkommen neue Wäsche, Kleidung um. Durch Zufall bekam ihm das Mädchen des Kaufleutes kurz danach in die Kammer und bemerkte unermutet früh den Diebstahl. Die sofort alarmierte Volksgewalt verurteilte die Täter, die auf der Flucht ihre Beute wegwarfen, selber aber auch unermant entkommen sind.

Weimar, Autohändler. Eine Dreifachigkeit erlaubte sich in der Nacht zum Donnerstag ein etwa 20jähriger, gutgekleideter Herr. Er rief in der Schillerstraße eine der dort haltenden Autos an, mit der Bitte, ihn nach dem Bahnhof zu fahren. Kurz vor Ankunft öffnete er am Aufschießschlag die Wagenflur, sprang heraus und verschwand durch die Baumreihe in den Anlagen des Waldhofparks. Es gelang dem Wagenführer leider nicht, den Schwindler dingelt zu machen.

Nordhausen, Vom Baum erschlagen. In den Wäldern beim benachbarten Steina wurde der Waldarbeiter August Wenzel aus Steina durch einen abgefallenen, stützenden Baum getroffen. Dem Bedauernswerten wurden alle Rippen zerbrochen. Der Tod trat schon nach wenigen Minuten durch innere Verblutung ein.

Jena, Tagung der Fühler. Der Thüringer Landesföderation, die Jena, hält am Sonnabend, den 8. Dezember, 14.30 Uhr im Hotel „Fischer“ in Saalfeld seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht außer dem Punkt: Satzungsänderung ein Vortrag des Herrn Dr. Bayersdoerfer über das Thema „Wie bewirtschaftlich ist Gemäßer der Weisen, Barben- und Weirregionen?“

Jella-Mehls, Ertränkt. Aus noch unbekanntem Gründen ertränkte sich in einem Pfischteich ein 18jähriger Junge der Frau eines hiesigen Einwohnern. Erst am Morgen konnte man die Leiche der Unglücklichen auffinden. Der Fall ist um so trauriger, als die Schwamm-Kinderkrankheit und noch vier unterzogene Kinder vorhanden sind.

Sortenfeld b. Chemnitz, Rostling am Meer. Man mehrere in umfassen ermittelten jungen Rostlingen von hier wurden nachts in der dritten Stunde mehrere Großschiffe entfernt und nach Friedrich nach dem Matrasplatz geschleppt, wo sie die Uebermittler umherwarfen. Die Täter dürften noch einer empfindlichen Bestrafung entgegengehen.

Mittelholland a. N. Verdrom Strom gestört. Beim Ausfließen eines Baumes zerfiel ein Alt die elektrische Leitung. Kurze Zeit darauf fuhr Herr Grundbesitzer Herr Spanke mit einer Kanne Fische vorbei. Beim Passieren der Leitung kam ein Pferd den herabstürzenden Trümpfen zu nahe und wurde auf der Stelle getötet.

Schönbrunn O. L. Selbstmord auf den Schienen. Vom Zuge überfahren und getötet wurde zwischen den Stationen Nikolausdorf und Hermsdorf, etwa 200 Meter oberhalb des Dorfes Schönbrunn, von dem aus Lauban kommenden Personenzüge eine noch jüngere weibliche Person. Inghelien liegt Selbstmord vor. Obwohl zur staatslichen Zeit den Zator zwei Tage passierten, ist wohl kaum ein Unfall anzunehmen, da an dieser Stelle kein Weg die Schienen kreuzt und beiderseits Strauchwerk steht. Die Ueberfahrere stammt anscheinend aus ärmeren Kreisen. Sie trug Holzpantoffeln. Die näheren Einzelheiten wird die Unternehmung ergeben.

Reiterwehr mit der freien Stadt Danzig. Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß im Präsiden-Reiterwehr mit der freien Stadt Danzig nur 31 Mitglieder sind bis zum Genüß von 1 Klogramm zugelassen sind. Sonstige Präsiden werden nicht befördert.

Verurlichter Fernsprechgehörigenschwindel. Kürzlich hat ein Schwindler versucht, von einem Fernsprechgehörigen in Berlin angeklagt rückständige Fernsprechgehörigen einzulösen, indem er ihm durch Fernsprecher das Einkommen mit dem Beitreibung der bezogenen Beträge anfragte. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Betrugsverlauf anderweitig wiederholt wird, wird darauf hingewiesen, daß die Beträge laufender Fernsprechgehörigen in keinem Falle von den Teilnehmern abgeholt werden, sondern bei den Postannahmestellen einzulösen oder auf das Postkontostato des Fernsprechgehörigen zu überreichen sind. Die Verantwortlichen für hiesige Fernsprecher. Nach einem Entsch des Reichsarbeitsministeriums steht aus dem Reich im Haushalt des Jahres 1923 nur unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner zur Verfügung getrieben 25 Millionen Mark noch ein Restbetrag zur Verfügung. Zur Verteilung an alle Kleinrentner reicht jedoch der Betrag nicht mehr aus. Es sollten deshalb nur besonders bedürftige Kleinrentner berücksichtigt werden, um ihnen die sich bei Eintritt des Winters ergebenden Mehrausgaben zu erleichtern. Hierbei sind in erster Linie Kleinrentner, die über 65 Jahre alt sind, zu berücksichtigen. Die Unterhaltung darf keineswegs auf Aufwendungen der öffentlichen Fürsorge angerechnet werden. Die Verteilung der Mittel erfolgt wiederum nach der Zahl der Kleinrentner jedes Landes auf Vorschlag der Fürsorgeverbände.

Straflosigkeit einer Schurkerei.

Das Verhängnis des Kettenriesen. Bekannt dürfte das Unwesen sein, das in den Nachkriegsjahren in Deutschland mit den „Kettenriesen“ getrieben wurde, die angeblich von einem amerikanischen Hieser unanständig waren und eine Menge dresimale um die Erde jähigen sollten. Vor kurzem kam mit ein solcher wieder zu Gesicht. Er war an eine junge Frau, einige Tage nach ihrer Hochzeit, gerichtet, und entließ die übliche Auforderung an sie, innerhalb 24 Stunden 9 Wärschirren desselben an neun ihrer Bekannten zu verenden, zugleich mit der Anführung, daß sie im Weigerungsfalle ein Unglück treffen würde.

Was ging in der Seele der Frau vor? Sie war nicht gerade abergläubisch; aber verständlich ist, daß sie einige Tage nach ihrer Hochzeit eine Unglücksandrohung solcher Art und alles tun wollte, um die Herbeizuführung eines solchen Unglücks zu vermeiden. Ihrem Gatten gegenüber schwieg sie zunächst; er hätte ihr auch die Weiterleitung der Briefe verboten. Erst nachdem sie sich zu dem Entschluß durchgekämpft hatte, die Drohung nicht zu beachten, teilte sie ihm den Brief mit. Aber noch inagelang wurde sie die Angst und Unruhe nicht los.

Somit kam alles noch hingehen; was soll aber vom strafrechtlichen Standpunkt gelagt werden, wenn es sich wieder herausstellt, daß die Wärschirren des Kettenriesen die Lage und Gemütsverfassung der jungen Frau genau kannte, daß sie wußte, in welche Geleentz sie diese brachte, und daß es geradezu ihr einziger Zweck war, die junge Frau mögliche durch Weiterleitung des Briefes an ihre Bekannten zu ihren Mann, einen fremden Geschlechten, in der Gesellschaft lächerlich zu machen, dadurch möglichst ihren Mann gegen sich aufbringen und so einen Schanden an das junge Eheglück werfen, oder aber sie mögliche andernfalls in dauernder Angst vor dem angeklüglichen Unglück sich heimlich verzehren?

Wir haben eine kaum ausgemachte Schurkerei vor uns, und doch ist die Verbrecherin strafrechtlich nicht zu fassen. Belohnung liegt nicht vor; auch geben die Begriffe der Nötigung oder Bedrohung weder des Strafges., noch des Amtlichen Entwurfs eine Sandhaube zu gerichtlichem Vorgehen, weil nur ganz unbestimmt ein Unglück in dem Kettenriesen angedroht ist.

Wer den Umfang kennt, in dem mit solchen Kettenbriefen gearbeitet wird, der wird die Wärschirren, die die Straflosigkeit der Schurkerei in unserem Strafgesetz darstellt. Die Ausstellungen des Raetoms im neuen Heft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ verdienen allgemeine Beachtung. Wir möchten sie besonders dem Rechtsausfluß des Reichstages empfehlen, der sich gegenwärtig mit der deutschen Strafrechtsreform befaßt.

Deutsche Illustrierte

Trotz reichhaltigster Ausstattung **10 Pfg.**
nur

Neueste Nummer erhältlich bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzig Str. 64/65
Probenummer gratis!

Vermischtes.

○ Durchbrochene Strümpfe sind auch unseren Urgroßeltern als höchst reizvoll erschienen. Nur war man ängstlicher als heute und trug, um Entfärbungen zu vermeiden, Unterhosen von Atlas oder Zait. Auch galt es eben nicht für anständig, die Haut an dieser Stelle zeigen zu lassen.

○ **Mißerfolge Watsons.** Vor wenigen Tagen verzeichnete die Weltpresse die Nachricht, daß es dem Professor Watson gelungen sei, den fragwürdigen Vollblüter Kabelele, dessen Rennlaufbahn und Geschäftstätigkeit in gleichem Maße erfolgreich waren, zu verjüngen. Der Erfolg erregte in Frankreich großes Aufsehen, hat aber nur wenige Tage angehalten, denn, wie schon gemeldet wird, ist Kabelele eingekerkert. Offiziell wird behauptet, daß der Tod durch eine Kaugummiabgabe eingetreten sei. Es dürfte sich aber um einen ähnlichen Scheinertögel gehandelt haben, wie ihn vor kurzem ein Schüler des Meisters erzielt hat, dessen verjüngter Widder alsbald an Altersschwäche zugrunde ging.

○ **200 Todesopfer eines Familienwites.** Wie aus Mostau geschrieben wird, wurde in Batum im Kaukasus kürzlich ein großes Familienfest gefeiert, ein Fest der Ausöhnung zwischen zwei Familien, nachdem ein vor Jahren ausgetrochener Streit an 200 Menschen das Leben

zerstört hat. Der Streit begann anfänglich eines Janes am dem Markt; beide Parteien schienen mit der Drohung, daß die Sache nur mit Blut abgemessen werden könne. Und noch am gleichen Abend lieferten sie sich eine Schlacht, die bloß liebenswürdigem Menschen das Leben kostete. Seitdem ging die blutige Fehde, in die kein trüblicher Klüster ungriff ihre geschlagenen fünf Jahre. Erst jetzt kam ein Waffenstillstand zum Abschluß, weil beide Parteien einsehen, daß es so, wenn nicht beide Familien völlig ausgerottet werden sollten, nicht weiter gehen könne. Es kam zu einer Aussprache, und dann wurde der Friede mit einem Aieneneröhnungsfeiert besiegelt, zu dem die Menschen aus allen Gegenden herbeiströmten.

Blondinen sind leichter zu ernähren.

Gott sei Dank! Uns fällt ein Stein vom Herzen. Ein Speisehausbesitzer in Rio de Janeiro namens Kavara hat das Rätsel gelöst, das seit Anita Roos' aufrührerischem Roman „Gentlemen prefer blonds“ (Blonde Frauen haben den Vorrang) die Welt (größtenteils die jenseits des Atlantik) erschütterte. Er hat so seit zwanzig Jahren in allen möglichen Gesellschaften die Beobachtung gemacht, daß die Blondinen in ihren Essensanprüchen weit maßvoller sind als ihre unbedeutenderen braun- und dunkelhaarigen Mit-

schwefern. Geht ein Herr mit einer Bränetten aus, so kostet ihn — das will der Philosoph der Gastronomie beschwören! — der Abend bedeutend mehr, als wenn er Liebe und Zeit einer blonden Frau gewidmet hätte; denn die Braune ist mehr.

Worin diese Beobachtung sich gründet, weiß der erfahrene Herr Kavara freilich selber nicht. Aber die Ursache als solche läßt er sich nicht anreihen. Also: weshalb „gentlemen prefer...“? Weiß sie dabei sparen können, lecht uns mit erhobenem Zeigefinger Senora Kavara. Denn es ist ganz einfach billiger, einer blonden Dame aufzumarten als einer braunen oder schwarzen. —

Na, nun warten wir ab, was die Braunen und Schwarzen gegen diese niederträchtige Anspielung des Gastronomienhabers einzuwenden haben werden.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch abends 7 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier
Prospt Vertram.
Freitag abends 8 Uhr Bibelstunde in der Prospekt.
Prospt Vertram.

Des Kindes Weihnachtstrende!
Gesellschaftsspiele
Märchen- u. Bilderbücher, Malbücher

Kinder- Ess- und Kaffee-Service
Puppenstuben-Einrichtungen
Küchenmöbel — Kochmaschinen — Lampen
Näh- und Stiekkästen — Nähkörbe

Kaulläden, Wagen, Gewichte, Kaullädenfüllungen, Aufziehartikel, Wolltiere
Besuchen Sie meine Weihnachts-Ausstellung
Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße 64/65

Dekorationen
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Washstoffe
Herrenstoffe
Herren-Artikel

Gardinen
Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Herren-Konfektion
Kleider
Blusen

Teppiche
Spitzen
Besätze
Stiekerereien
Handarbeiten
Lyons Schnittmuster

Aus steuer Artikel
C. G. Holzhausen .: Wittenberg

Junge frischmelkende
Ruh mit Kalb
und eine
kleine Färse
zur Zucht verkauft
Sermann Dietrich,
Weinbergstraße 22

Eine
Groß-Magd
lucht
Otto Bräse, Pratau

Krieger-Berein
Morgen Dienstag, abends
8 Uhr im Palmbaum

Bersammlung
Um vollständiges Erscheinen bittet
Der Vorstand

Apfelsinen
empfehlte
C. G. Pfeil

Ev. Jungmädchenverein „Jugendtrende“
Kemberg
Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr findet im Saale des Hotels „Blauer Hede“ ein

Familien-Abend
statt, zu dem wir die geehrte Einwohnerschaft herzlich einladen. Eintritt 40 Pf.
Der Vorstand

Männer-Turnverein Reuden
ladet zu seinem am **Samstag**, den 9. Dezember, im **Kraufmannschen Lokale** stattfindenden
Winter-Bergnügen
bestehend aus
Konzert, Theater u. turnerischen Vorführungen
ergebenst ein
Der Vorstand

2 junge
Färse
stehen zum Verkauf Anhalterstr. 28
Herren- und Berufs-
Kraftfahrer
werden gründl. u. individuell ausgebildet, kein Film, alle Teile in Originalen zu Modellen hergerichtet, groß. Nebungsgebiete
6) **Auto-Heinze, Wittenberg**

Donnerstag früh
frischer Schellfisch und grüne Heringe
Bestellungen bis Dienstag nachmittag erben
Miergäste, Burgstraße 36

Reifen Käse
verkauft billig
Lampert, Reuden

Prima frisches
Rindfleisch
und frische Flecke
empfehlte
Witt Nöh
Zur Stollenbäckerei
empfehle in versch. Preislagen
pa. Weizenmehl
Ernst Wend, Bäckerei Konditorei
Komme diese Woche zum

Zum Weihnachtsfest
empfehle
in feinsten Qualität und größter Auswahl

Honigkuchen u. Lebkuchen
lofe und in Paketen

Matronen-, Schokoladen-, Mandel- und Nusstuchen
Thomer Katrinden, gefüllte Thomer .: Liegnitzer Bomben Messina- und Spanische Kuchen

Sarotti
Schokoladenherzen und Brezeln, Epistuden
Baumkuchenspitzen u. Spekulatius

Bäckerei Ernst Wend Konditorei
Kreuzstraße 11

Klavier-Stimmen
nach Kemberg und Umgegend.
Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle der Kemberger Zeitung entgegen
H. Hoff, Wittenberg, Collegienstr. 64
Langj. Fachmann erster Firmen

Prima
Gersten- und Maischrot
empfehlte **Zeichmühle, Kemberg**

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten, die uns zu unserer Silbernen Hochzeit dargebracht wurden, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank
Kemberg, im November 1928
Richard Schubert und Frau
Hedwig geb. Krausemann

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschließte gestern meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte, treu-sorgende Mutter
Frau Luise Reichert
im Alter von fast 71 Jahren.
In tiefer Trauer
Friedrich Reichert nebst Angehörige
Reuden, den 3. Dezember 1928
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.
Für alle Beweise der Anteilnahme, die uns durch Wort, Schrift und Kranzspenden zuteil geworden sind, sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Familie Krüger

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke, die uns zu unserer Vermählung zuteil wurden, sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank
Kemberg, im November 1928
Albert Sydow und Frau
Lucie geb. Schubert

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile Anzeigenzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Uebersetzung unendlich geliebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Zahlen, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 4. Dezember 1928

30. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 5. Dezember, 10 Uhr, kommen im Stadtsort **Oppin** zur Versteigerung:

- 36 rm kiefernes Scheitholz,
- 10 rm birkenes Rollholz,
- 207 rm kiefernes Rollholz.

Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin.

Kemberg, den 1. Dezember 1928.

170] Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Die Reichsausschüsse der freien Gewerkschaften tagten am Sonntag in Essen, um zu dem Vermittlungsvorschlag des Reichsanwalters Stellung zu nehmen.

* Im Reichstag wurde die Debatte über Ehecheidung, Stellung der Frau und der unehelichen Kinder zu Ende geführt. Am Montag beschließt sich das Haus mit zahlreichen landwirtschaftlichen Anfragen.

* Von zukünftiger Stelle wird berichtet, daß zwischen dem Reichsanwalterspräsidenten Dr. Schacht und dem auswärtigen Amt keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

* Im Vortag kam es anlässlich der Weihnachtsfeier der jugendlichen Studenten zu schweren Zusammenstößen zwischen Kroaten und Polzen.

* Die französischen diplomatischen Verhandlungen in Italien dauern noch fort.

Mißtrauen gegen Severing abgelehnt

Debatte über Ehe, Frauen und Kinder.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des Reichstages fanden Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten über die Ehecheidung, die Rechtsstellung der Frau, ihre Reform des Familienrechts und die Rechtsstellung des unehelichen Kindes. Die Sozialdemokraten beantragten eine Verringerung der Vorschriften über die Ehecheidung dahin, daß die Ehecheidung auch bei Verrücktheit des ehelichen Verhältnisses erfolgen kann. Das Gesetz wurde von den Demokraten beantragt. Alle drei Parteien verlangten ferner Vorrang eines Gelegenheitsurteils über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder und ihres Kindes, weiter eines Gelegenheitsurteils zur Reform des Familienrechts, die der veränderten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau entspricht.

Abg. Frau Pflüß (Soz.) begründete die sozialdemokratischen Anträge. Man müsse den Verhältnissen des praktischen Lebens geegnet Rechnung tragen. Im Reichstages habe man — bei allem schuldigen Respekt vor der Reichsversammlung in Juba — das Interesse der gesamten Bevölkerung zu vertreten. Wenn man das Ehecheidungsrecht nicht lockern wolle, dann werde man einen vorläufigen

Sicherung der Rechtsstellung der Frau sei nach Ansicht des Ministers am besten auf dem Gebiete des ehelichen Güterrechts. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die bei der Ehenahme zum Vermögen des Mannes seiner Frau machen, sind nach Ansicht des Ministers mit den heutigen Anschauungen nicht mehr verträglich. Eine Vorlage über die Neuordnung dieser Frage hätte er in absehbarer Zeit dem Reichstag zugehen lassen zu können. Auch sonst liege in der Vorlage vorgelegten Gesetzentwurf die Lösung der Frau mit dem Mann nicht in allen Beziehungen erreicht. Verschiedene Gesetzesänderungen seien hierzu noch erforderlich.

Abg. Dr. Kahl (SPD.) wies als Vorsitzender des Rechtsausschusses darauf hin, daß man einer absoluten Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern nicht zustimmen könne. Es könne nicht hinweggelugnet werden, daß der Redner fort, daß es in der Tat eine schuldlose Verrücktheit des ehelichen Verhältnisses gebe. Aus der Tatsache geht unabweislich hervor, daß hier eine Klage zwischen dem Leben und dem Recht bestehe. Jenseitige könne man von einer Ehenahme sprechen. Bei Ehenahme durch Schaffung von Ehecheidungsgründen im Wege des Ehebruchs werde das Eheverhältnis zur Komödie herabgewürdigt. Trotz aller Einwände könne sich der Reichstag seiner Verpflichtung zu einer Ehecheidungsreform nicht entziehen. Das Dogma von der Unauflösbarkeit der Ehe werde dadurch nicht berührt. Der Redner empfiehlt der Regierung, selbst einen einseitigen Gesetzesentwurf vorzulegen.

Am 2. Dezember. Reichstag lehnte am Donnerstag die Ausschüsse über die Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten zur Reform der Ehecheidung, über die Rechtsstellung der Frau und des unehelichen Kindes fort.

Abg. Schermann (Dem.) wies darauf hin, daß die Notwendigkeit einer Reform der Ehecheidung von fast allen Parteien anerkannt werde. Gründe der Ehenichtigkeit, der Mangelhaftigkeit und des Ansehens der Ehe im Volke sowie aus Gründen des Staatswohls liege eine Verbesserung des Eheverhältnisses notwendig. An Stelle des Verschuldungsprinzips müsse das Prinzip der objektiven Zerrüttung der Ehe gesetzt werden. Scharfe Rauteln müßten allerdings zum Schutze für Mutter und Kinder geschaffen werden. Die Reformwünsche seien deshalb aus tiefster Gewissensnot geboren.

Abg. Hanemann (Nat.) erinnerte an die früheren Verhandlungen über die Ehereform. Unter den Anträgen der Regierung seien die Anträge nicht erledigt worden, aber der Reichstag habe man sie als Morgengabe serviert mit dem Verlangen der sofortigen Erledigung. Die jetzt vom Reichstag vorgelegene Verrücktheit des Rechts der unehelichen Kinder habe sich bei dem Verschuldungsprinzip auf, während man die Verwandtschaft zur Grundlage machen sollte. Der Redner beantragt, alle vorliegenden Anträge dem Reichstagesrat zu überweisen.

Abg. Frau Weber (Ztr.) erklärte an, daß die jetzige Rechtsstellung der Frau viele Härten und Ungerechtigkeiten enthalte. Das Zentrum werde zu den in dieser Frage vorliegenden Anträgen im Ausschuss Stellung nehmen. In der Frage des Ehecheidungsrechts sei für das Zentrum nicht der Gesichtspunkt des staatlichen Dogmas entscheidend, sondern die Erkenntnis, daß die Grundlage des Staates in der Familie und Ehe liege. Die angeregte Reform werde zu einer Steigerung der Eheverbindungen führen und einen Schritt von der Ehe zur Kameradschaft bedeuten. Die Anträge seien geboren aus den mangelhaften Verhältnissen der Großstadt; diese Verhältnisse dürften aber nicht für die kulturelle Gesetzgebung bestimmend sein. Das Zentrum lehne die beantragte Reform ab.

Abg. Frau Dr. Eiders (Dem.) wies gegenüber den Vorrednern darauf hin, daß sich die Anhänger der Ehecheidungsreform von der tatsächlichen Verpflichtung leiten lassen, durch das Recht den erfüllenden Aufgaben des Lebens Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. Köppen (Wirtsch. Part.) erklärte, die gewünschte Ehecheidungsreform wolle nicht der Hebung der Moral und Sitten dienen. Die Reform müsse sich auf die Verbesserung des Verfahrens beschränken.

Abg. Dr. Emminger (Bav. WP.) unterstützte alle Bestrebungen, die Stellung der Frau bei Ehen mit Ausländern oder Staatenlosen zu verbessern. Auch eine Reform des ehelichen Güterrechts hält er für notwendig. Bei all diesen Reformen solle man sich an die ältesten Gesetzbücher anlehnen. Eine Verringerung des Eheverhältnisses würde aber der Frau niemals zum Heile gereichen.

Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) hielt eine Reform der Rechtsstellung des unehelichen Kindes für notwendig. Die Geborgenheit des ehelichen Kindes in der Familie könne allerdings durch nichts ersetzt werden.

Abg. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauernpart.) lehnte jede Erleichterung der Ehecheidung ab, da sie eine Erschütterung der Familie zur Folge haben könne.

Sämtliche Anträge wurden darauf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Haus vertagte sich auf Montag 9 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen und über hundert Anträge aller Parteien über die Vorlage der Landwirtschaft.

Unser Räteystem.

Zur Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates.

Von

F. A. Willmann.

Seit Jahren beschäftigt man sich damit, die in der Reichsverfassung enthaltene Antündigung über die Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates zu verwirklichen. Immer und immer wieder stellen sich dem Beginnen Hindernisse in den Weg, und nur langsam ging die Arbeit vorwärts. Wie werden die Verabschiedung im Reichstag betrieben worden ist, kann man daraus erleben, daß die Vorlage, die augenblicklich den Reichstag beschäftigt und nun vermutlich doch Gesetz werden wird, bereits vor einem Jahre, am 21. November 1927, im Reichstag verabschiedet worden ist, ohne daß der Reichstag bisher sich mit der Materie befaßt konnte.

Der Reichstag hat seinerzeit an dem vom Kabinett Serz eingehenden Gesetzesentwurf eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. So hielt der Reichstag es im Gegensatz zur Regierungsvorlage für notwendig, statt der vorgelegenen 144 Sätze 151 zu schaffen, wobei von den sieben neuen Sätzen der Organisation des deutschen Städtetages fünf Sätze zugebilligt werden sollten. Außerdem hat der Reichstag die Zahl der von der Reichsregierung und vom Reichstag zu ernennenden Vertreter von je neun auf je 12 Mitglieder erhöht. Die Vorlage fand seinerzeit im Reichstag mit den angegebenen Veränderungen einstimmige Annahme. Das neue Reichskabinett hat die Vorlage, so wie sie war, akzeptiert und sie nun dem Reichstag zur Beratung und Verabschiedung überwiehen. Im großen und ganzen bleibt der neue, der sogenannte endgültige Reichswirtschaftsrat nur eine Kopie des bisherigen vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Im System ist man auch nicht davon abgegangen, dem Reichswirtschaftsrat sogenannte gelegeberrichte Vollmachten zu geben, er bleibt wie bisher ein reines Gutachterparlament. Im Reichstages sind zwar Strömungen vorhanden, die aus dem Reichswirtschaftsrat so etwas wie eine gelegeberrichte zweite Kammer machen und ihm die Erledigung wirtschaftlicher Dinge mit eigener Verantwortung überwiehen wollen. Diese Tendenzen haben aber keinerlei Aussicht auf Verwirklichung. Die Mehrheit des Reichstages wehrt sich dagegen, die gelegeberrichten Rechte des Reichstages beschränken zu lassen oder sie gar mit einem anderen Parlament zu teilen.

So befehdend der Gedanke auch ist, die wirtschaftlichen Fragen dem politischen Forum zu entziehen, so sind doch auch die Gründe nicht zu übersehen, die von den Gegnern einer solchen Auflösung angeführt werden. Auch im Reichswirtschaftsrat selbst liegt wenig Neigung dafür vorhanden zu sein, an dem Gutachtercharakter dieser Körperschaft etwas zu ändern. Man glaubt in diesen Kreisen, daß es schon genüge, wenn das im Entwurf enthaltene Initiativrecht hinsichtlich der in das Gutachtergebiet des Reichswirtschaftsrates fallenden Gesetzgebung zum Gesetz wird und wenn die Bestimmung, daß Initiativanträge des Reichstages auf dem einschlägigen Gebiete dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet werden müssen, durch das neue Gesetz sanktioniert wird.

Daß die Zahl der Mitglieder im endgültigen Reichswirtschaftsrat erheblich vermindert wird, kann nur begrüßt werden. Die Schwerfälligkeit des ganzen Apparates wird dadurch wesentlich gemildert. Bedenklich aber erhebt der Plan, auch nichtständige Mitglieder der neuen Institution zu attachieren. Diese nichtständigen Mitglieder sollen qualifizierte Sachverständige mit dem erforderlichen Maß von Arbeitsfreudigkeit sein. Ob diese sich aber damit einverstanden erklären, gewissermaßen eine zweite Garnitur darzustellen, bleibt mehr als fraglich. Die Frage könnte vielleicht eher dadurch geregelt werden, daß man von Fall zu Fall Spezialmaßnahmen durchführt, deren Notum gewissermaßen als Grundlage für die Gutachten des Reichswirtschaftsrates dienen könnten.

Die in der Verfassung vorgeordnete Schaffung von sogenannten Bezirkswirtschaftsräten hat man in der Zwischenzeit fallen gelassen, ihre Organisation würde, ohne wesentlich an der Verbesserung der Dinge mitwirken zu können, nur einen erheblichen Aufwand an Kraft und Geld erfordern. Im übrigen ist diese Forderung seinerzeit als Zugeständnis an die Massen gemacht worden, die darin gewissermaßen einen Ersatz für das russische Räteystem finden sollten. Heute ist die Forderung nicht mehr populär. Man hat längst erkannt, daß auch mit den „Räten“ keine größere Glückseligkeit hervorgerufen werden kann. Man ist zu



Reichstag ausgegangen und dort verabschiedet worden. Sie wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Die